

Die Krise der Volkspartei SPD zeigt, dass die Sozialpolitik sich von der wirtschaftlichen Realität entfernt hat

Das Soziale ohne Hand und Fuß

Von Gerd Held

Wenn eine große Volkspartei dramatisch in Wahlen verliert, ist das Grund zur Besorgnis. Wirklich ernst aber wird es, wenn sie ihre zentralen Argumente verliert. Zum geistigen Grundbestand der SPD gehörte die Auffassung, dass die Leistungen des Sozialstaates von der aktiven Bevölkerung getragen werden müssen. Wer soziale Wärme will, muss sich zuerst um das Erwerbsleben im Lande kümmern. Das Soziale muss in einer ständigen Relation zur Arbeit stehen. Die Volkspartei SPD funktionierte, solange diese Brücke intakt war. Das war bei der Agenda 2010 noch der Fall. Ihr zentrales Argument war, dass die Stabilität unseres Landes in schwierigen Zeiten nur durch Anpassungen der Sozialleistungen zu sichern war, schmerzhafte Einschnitte eingeschlossen. Eigentlich müsste dies Argument heute, angesichts einer noch ernsteren Krise, erst recht gelten. Aber die SPD will ausgerechnet jetzt ihren Abschied von der Reformagenda, der sich schon vorher ankündigte, besiegeln. Ist das Taktik? Die typische Wendung einer Partei, die ihre Oppositionsrolle spielen will? Nein, es geht tiefer. Der SPD ist ihr gutes Argument abhanden gekommen, dass das Geld für Sozialausgaben erst erworben werden will. Dies Argument ist ihr so sehr abhanden gekommen, dass sie nicht einmal mehr danach sucht.

Wer die jüngeren Beiträge führender SPD-Vertreter Revue passieren lässt, findet eine neue Monotonie. Sie will die Partei einer „sozialen Gerechtigkeit“ sein, deren Maßstab allein die Höhe von Sozialleistungen zu sein scheint - ohne Rücksicht auf diejenigen, die die Sozialbeiträge und Steuern erarbeiten müssen. Es gibt gegenwärtig viele Stimmen, die sich um den

Bestand von Unternehmen und ganzen Wirtschaftsregionen Sorgen machen – auch viele Betriebsräte und Gewerkschafter sind darunter. Doch in der neuen Gedankenwelt der SPD finden sie nicht recht Platz. Die wirtschaftliche Lage, die für die Agenda 2010 noch das entscheidende Argument war, spielt nun keine wichtige Rolle mehr. Als der neue Arbeitsminister Jung vor ein paar Tagen im Parlament den Satz „Sozial ist, was Arbeit schafft“ herausstellte, wurde dies von der Opposition sogleich als Indiz für „soziale Kälte“ gewertet. Die Kälte liegt aber durchaus bei der Opposition selber, die die Realität in den Betrieben gar nicht mehr wahrnimmt. Sie verhält sich nur noch als Lobby von Sozialleistungen. Ihr Sinn für die Gerechtigkeit zwischen Arbeitsleistung und Sozialleistung ist verloren gegangen. Das Soziale hat sich von der Arbeit abgekoppelt. Hier deutet sich eine soziale Spaltung an, die uns Land mehr schädigen kann als die viel beschworene Spaltung zwischen „arm“ und „reich“. Wir leben in einem Land mit einem stark ausgebauten Sozialsystem. Das muss man nicht über den Haufen werfen. Allerdings gibt es einen entscheidenden Punkt: Ein solches Sozialsystem ist nur legitim, wenn die Menschen, die Leistungen beziehen, in besonderer Weise aufmerksam und respektvoll gegenüber den Menschen sind, die diese Leistungen erwirtschaften. Das bedeutet auch, dass sie zu Anpassungen bereit sein müssen, wenn die Erwirtschaftung von Steuern und Sozialbeiträgen schwieriger wird. Gerade ein Land mit einem großen Sozialsystem verträgt kein starres Besitzstandsdenken. Es braucht die Bereitschaft zu Anpassungen – ohne lähmendes Gezerre. Ein solches Land braucht eine gute Brücke zwischen Leistungsträgern

und Leistungsbeziehern. Wenn es hier zu einer Lagerbildung kommt, und die Leistungsbezieher nur noch kurzsichtig auf ihre eigenen Bezüge schauen, wird das gesamte Sozialsystem brüchig. Die Größe unseres deutschen Sozialsystems verpflichtet uns in besonderer Weise zu einer Kultur der Anpassung. Dabei hat die Arbeit den Primat, das Soziale muss folgen. Die Sozialpolitik kann sich nicht als alleiniger Herr im Haus auführen.

Gewiss sind wir soweit noch nicht. Aber es gibt Indizien für eine gewisse Entwurzelung des Sozialen aus dem Boden des bürgerlichen Erwerbslebens. Die merkwürdige Karriere des Wortes „soziale Gerechtigkeit“, bei dem es seinen Bezug auf Arbeit

verlor, gehört dazu. Es gibt auch Gesetze, die in dieser Hinsicht gefährliche Präzedenzfälle darstellen. Die sogenannte „Rentengarantie“ bedeutet ja, dass Rentenbezieher von Krisenfolgen abgeschirmt werden, während die Erwerbstätigen Einbußen hinnehmen müssen. Das fördert nicht den sozialen Zusammenhalt. Insgesamt fällt auf, dass in den vielen Diskussionen um „soziale Anliegen“ die Realität der Unternehmen und des Arbeitslebens kaum eine Rolle spielt. Hier liegt auch das Grundproblem der Sozialdemokratie: Sie bringt das Soziale und die Arbeit nicht mehr zusammen. Für den Moment scheint es so, als müsste die bürgerliche Koalition diese Aufgabe alleine stemmen.

(Manuskript vom 12.11.2009, erschienen als Leitartikel in der Tageszeitung „Die Welt“ vom 17.11.2009 unter der Überschrift „Tyrannei des Sozialen“)